

# Protokolleintrag vom 19.06.2013

2013/227

## Erklärung der SVP-Fraktion vom 19.06.2013: Rechnung 2012

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Rechnung 2012 der Stadt Zürich – Alt-Finanzminister und Sozialisten auf Tauchstation

10 Jahre lang amtierte alt-Finanzvorsteher Vollenwyder als Steigbügelhalter der Sozialisten. Im Interview mit dem „Tagesanzeiger“ vom 14. Mai 2013 sagte er wörtlich: „Wenn der Stadtrat einen Beschluss gefasst hat, heisst es: Ohren anlegen und durch“. An gleicher Stelle zeigte er sich besorgt über die nicht finanzierbaren Kosten im Betreuungswesen und kritisierte den Hang zum Perfektionismus in der öffentlichen Verwaltung. Pikant ist der Zeitpunkt dieser öffentlichen Kritik: Erst nach seinem Rücktritt äussert sich Vollenwyder gegenüber der Öffentlichkeit, wie es in Wahrheit um die städtischen Finanzen steht. Es ist offensichtlich, dass sich Martin Vollenwyder während seiner Amtszeit auch einen Mundkorb anlegen musste.

Das Resultat der Sozialisten und linken Stadtrates unter der Federführung von Vollenwyder ist verheerend: Immer mehr Staat (Personalmoloch, Eingriffe in die Privatwirtschaft), immer mehr Regulierungen (Bau), Aufdrängen eines Lebensstils (2000 Watt, Ökostrom, autofreies Wohnen, Verhöhnung und Verpönung des Individualverkehrs), immer mehr Gebühren und Abgaben. Gleichzeitig wird das Betreuungswesen stetig ausgebaut – ohne die Kostenexplosion zu beachten. Die Asylindustrie wird unter dem Deckmantel der humanitären Tradition ausgebaut.

Der Zustand der städtischen Finanzen ist besorgniserregend. Die Prognosen der SVP bewahrheiten sich. Wer unsere Forderungen nach Sparmassnahmen als Schwarzmalerei abtut, handelt schlichtweg verantwortungslos.

Und genau jetzt verlässt der Finanzvorstand das Amt, und die übermächtigen Sozialisten stehlen sich mit der Übergabe des Finanzdepartementes an einen Grünen vermeintlich locker aus der Verantwortung.

Mit der Rechnung 2012 wird dem Gemeinderat zum 5. Mal hintereinander ein Defizit präsentiert. Dieses Mal sind es 33 Millionen Franken. Wir werden heute mit Sicherheit von nahezu allen Parteien zu hören bekommen, dass diese Rechnung quasi gefeiert werden müsse, war doch das Budget inkl. Zusatzkrediten von einem weit höheren Defizit ausgegangen. Doch der Schein trügt: Wer die 544 Seiten genau liest, stellt fest, dass ohne Sondereffekte ein Defizit von 100 Millionen Franken hätte ausgewiesen werden müssen!

Noch eindrücklicher ist die Entwicklung der Schulden: Per 31.12.2012 ist die Stadt Zürich mit einem Fremdkapital von 9.2 Milliarden Franken belastet. Oder anders gesagt: Jeder Einwohner dieser Stadt, ob Säugling oder Greis, ob Steuerzahler oder Sozialhilfeempfänger, ob Schweizer oder Ausländer, schuldet der Stadt Zürich 23'423 Franken. Wer davon ausgeht, dass sich diese Schuldenlast unter der jetzigen Regierung in Zukunft vermindert, irrt sich. Defizit und Zunahme der Schulden haben systemischen Charakter angenommen. Die Steuereinnahmen reichen trotz Bevölkerungswachstum nicht aus, die Personalkosten zu decken. Der Selbstfinanzierungsgrad bei den Investitionen liegt über die letzten 5 Jahre im Durchschnitt bei 75%. Anders gesagt: die Stadt Zürich verschuldet sich permanent weiter - unabhängig von Tief- oder Hochzinsphasen. Die SVP toleriert diese Finanzpolitik nicht länger.

Damit nicht genug: Die sozialistisch geprägte Politik dieser Stadt trägt eindeutige Enteignungstendenzen. Betrug die Summe aus Steuern, Abgaben und Gebühren im Jahre 2002 4.32 Milliarden Franken, sind es 2012 bereits 5.12 Milliarden. Die Steigerung ist quasi vollständig auf höhere oder mehr Gebühren und Abgaben zurückzuführen.

Heute bezahlt der Stromzahler sogar eine Abgabe für die öffentliche Beleuchtung. Diese Dienstleistung sollte definitiv mit Steuereinnahmen finanziert werden statt mit Einnahmen des ewz. Weiter bezahlt jeder Stadtzürcher eine Gebühr für die Energieberatung - ganz egal ob er jemals eine solche in Anspruch genommen hat. Der Grund für diese Abgabenerhöhungen liegt auf der Hand: Die Steuereinnahmen der Stadt können die Ausgabenlast nicht mehr finanzieren.

Der Ausbau der Verwaltung nimmt seinen Lauf. Die Stellenwerte erhöhten sich seit 2002 um nahezu 3000 auf 20152 Stellen. Das entspricht einer Steigerung von 16.66%. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Personalaufwand um 41.7% auf 2.62 Milliarden Franken. Das sind Fakten, welche die Etatisten in diesem Rat freuen wird.

Mit der Rechnung 2012 wird der Trend der Sankt Florians-Finanzpolitik fortgeschrieben.

Wir übernehmen Verantwortung und schauen nicht weg. Wir tun es für unsere Jugend. Sie verdient es. Die SVP steht auch ein für einen starken Wirtschaftsstandort Zürich. Das hiesige Gewerbe muss gestärkt werden. Die SVP setzt sich auch in Zukunft dafür ein, dass Steuererhöhungen kein ernsthaftes Szenario werden.

Die SVP lehnt die Rechnung deshalb mit grosser Überzeugung ab.